



Das Begräbnis eines Roten Kämpfers

Koalition schlecht verdaut

Der sozialdemokratische „Vollzähler“ stellt am 6. Januar am Schluss einer längeren Betrachtung, in der er die Ablehnung der großen Koalition verlangt:

„Schließlich steht ja zwischen Arbeitern der sozialen Arbeitsgemeinschaft und den der Rote-Kreis- und Röte-Kreiszeit und die Taktik des Röte-Kreises auf dem immer schwer im Magen.“

Die „Führer“ SPD, in einstimmigem einer Forderungsschreiben der Sozialdemokratie SPD, Denkmalenkt hat Recht.

Richtig! Die Arbeiter haben die Zeugnisse der Röte-Kreiszeit nicht verdaut. Es gilt nun, was dieser Wortführer schreibt: „Arbeitende gegen Arbeitende“

Aus dem Verodius der großen Koalition

Die „Gesamter Vollzähler“ schreibt (6. Januar):

„Der Militärverein „Weldartillerie für Chemnitz und Umgegend“ hat bei der Regierung nachgejagt, bei Bevölkerung und das Ehrenfeuer aus Salutgeschützen abgeben zu dürfen.“

So geschieden im November 1923 . . .

„In einem sozialfascistischen Deutschland war ein solches Gesetz nur Billigung von Salutgeschützen und so weiter, um revolutionär lädierten Freiheitskämpfern darum zu kreisen und gotteshilflich zu töten.“

Der „revolutionär lädierten Freiheitskämpfer“ regiert die Große Koalition mit einer sozialdemokratischen Wirtschaft unter Heldar und Blümke. Wie lange durch Wölfe „Leidiger Völker“ und „eher Todessatz“

„Wir haben keine Demokratie . . . Und es gibt Kreise, die diese Art von Demokratie noch als allein jenseitig wahrfinden.“

Aus der Provinz

Sigl Seemann auf der Anklagebank

Am 21. August v. J. erschien in dem völkischen Blatt „Die Sächsische Volksstimme“ ein Artikel mit der Überschrift: „Ein unfairener sächsischer Frontsoldat“. In diesem Artikel wurde dem Kaufmann Waldo Hammann aus Bischofsgrün, Kreis Bayreuth, vorwurft gemacht, daß er im Jahre 1915 während anderer Soldaten noch besser kämpfen ausgerufen sei, ebenso wie es seine Kameraden gewünscht hätten. Hammann schüttet sich durch diesen Artikel bestürzt und brachte darauf dem verantwortlichen Leiter der Röte-Kreiszeit Dr. Bruno Herrmann eine Bekräftigung zu, die besagte, daß an dem Artikel kein wahres Wort sei, vielmehr sei Hammann obgleich nur garnisonstreitig, freiwillig an die Front gegangen und habe jahrelang dort gekämpft. Die Bekräftigung wurde aufgenommen mit der Schlußbemerkung: „Hier hat wirklich einmal ein Jude seine Sicht getan.“ Hammann sollte nun gegen den Redakteur Dr. Sigl Seemann Strafantrag wegen Beleidigung und übler Nachrede. Am Mittwoch, dem 6. 1. 1923, hatte sich Dr. Herrmann vor dem Strafgericht zu verantworten. Der Angeklagte behauptete, der Artikel sei ihm von einem Arbeiter aus Berlin zugegangen, er habe ihn unverändert angenommen. Der von dem Angeklagten angezeigte Wahrheitsbeweis misslang. Der Vertreter der Anklage geholt das Verhalten des Angeklagten, der hier einen tapferen Soldaten zur Zielscheibe seines Zornes gemacht habe. Er beantragte eine Geldstrafe von 300 Mark. Nach dem Gericht und in dem Artikel eine häorer Bekämpfung und vernichtete den Angeklagten zu 300 Mark. Gerechtigte und vorwärts dem G. Publicationsbeginnen zu.

* *

Zusätzl. der Schilder eines burgerlichen Blattes. Wir wollen den mir beweisen, daß der ehemals erklärte Sigl Herrmann (alias Seemann) es längstigen Vorwurgen hat, seine Stellung in Sachsen gegen eins wie er selbst liegt, vorteilhafter in Sachsen zu vertheidigen. Sehr! Nicht! Sehr! Sigl! Sigl!

Sachsenauer Gemeinde-Borgerher-Beauftragter
Bei der am 5. Januar aufgeführten Sitzung des Gemeindevorstandes erhält der Präsident der Bergbaurechtskammer Dresden zwei Stimmen und der Reichssozialrat Bergbaurechtsrat Lehmann vier Stimmen. Dresden ist damit gewählt. Das Gemeindevorstandes ist für zumindest aus zwei Kommunen, der Sozialdemokratie und drei Bürgerlichen.

Die 2 kommunistischen und 3 sozialdemokratischen Stim-

men wurden für Dresden abgegeben, dagegen hat der Sozialdemokrat Lehmann mit den drei bürgerlichen Stimmen eine Niederlage erlitten.

Gleichzeitig ist ein neuer Rassenrentamt von auswärts angestellt worden, denn der bisherige Rassenrentamt Stach und Gemeindesozialrat Rödlich haben gehen müssen, weil ihnen eine Berufung nach über fünfzig Jahren Mart Gemeindehelden je geschieden worden ist. Beide gehören der Sozialdemokratischen Partei an.

Die „Salzbrunn“ Erwerbslosenversammlung. Die am 6. Januar tagende Erwerbslosenversammlung beschloß sich mit dem Besitz von der Kreiserwerbslosenversammlung. Kollege Herzog gab bekannt, daß auch die Ober-Salzbrunner Erwerbslosen die Anträge, welche in Reihe gestellt werden, in ihrem Orte durchdringen möchten. Er drohte der Wiedereinführung der entlassenen Gemeindearbeiter und arbeitsloser entspannt sich eine sehr lebhafte Debatte. Denn die erwerbslosen Gemeindearbeiter machen durch ihre Rostandsarbeiten, welche sie verrichten müssen, noch mehr Erwerbslosen. Es muß von der Gemeinde ihre Wiedereinführung gefordert werden. Sollte dieses nicht möglich sein, dann sind wieder ein paar Protesten mehr dem Hungerdaeten preisgegeben. — Die Frage der Behandlung der Erwerbslosen durch verschiedene Aufsichtsperonen führte zu sehr erregten Debatten. Diese Aufsichtsperonen führt doch einmal innerlich betrachten, ob sie noch Menschen sind, wenn sie das sein wollen, dann sollen die Erwerbslosen auch menschliche Behandlung erhalten. Wir wissen wohl, daß von oben herab ein gewisser Druck kommt, aber den Herren da oben räzen wir, nicht allzu brutal gegen die Arbeiterschaft zu werden. — Wer trägt die Schuld an dem ganzen Elend? Ist es nicht die kapitalistische Gesellschaft? — Es wurden verschiedene Anträge gestellt, die eine Verbesserung der Existenz der Erwerbslosen herbeiführen sollen. Ob die Anträge Gehör finden werden, ist fraglich, denn in Ober-Salzbrunn hat man für die Not der Armen sehr wenig Verständnis. Alles andere sind Mittel vorhanden. Es wurde auch den Erwerbslosen ins Gewissen geprägt, ein geistiges Ganzes zu sein, denn nur dann wird es möglich sein, eine Verbesserung zu erreichen. Auch sollen die Arbeiten, welche die Erwerbslosen verrichten, von einer Kommission untersucht werden, ob es auch wirklich Rostandsarbeiten sind, denn es dürfte doch nur Rostandsarbeiten von den Erwerbslosen verrichtet werden. Am Ende hielt Kollege Rödlich ein kurzes Referat über die soziale Lage in Deutschland. Nachdem noch zwei Genossen die Erwerbslosen aufmunterten, nichts zur Facke rot zu halten und unter der cr. Note zu können, wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

Arbeiterliteratur

Kapitalismus oder Sozialismus, von Leo D. Trotzki. Die vorliegende Frage feiertswortet Leo D. Trotzki in der soeben im Neuen Deutschen Verlag Berlin B. 8. erschienenen Schrift. Leo D. Trotzki hat zu dieser deutlicher Angabe ein besonderes Vorwort geschrieben, das den Charakter der Schrift besonders hervorhebt.

Die Broschüre ist eine gemeinschaftlich gehaltene, flüssig geschriebene, mit konkretem Beweismaterial fundamentierte, in ihrer Sachlichkeit beweisende Auseinandersetzung mit den falschen Freunden und den eigenen Freunden Sozialismus. Die Schrift ist ein Rückschluß des Sozialismus von solcher Ausdehnung, wie ihn die revolutionäre Literatur bisher noch nicht aufweisen konnte. Wenn ich, von Süßland durch die Wirkung des Reichstags gewungen, ein Weltkriegsprogramm ausschaffen mußte, die Reider und Hasser erkannt in dieser und neuen Hoffnung klagen, so bereitet diese Schrift Ihnen höchstwahrscheinlich den Garaus.

Im Anhang bringt die Schrift noch eine kurze Darstellung der erkrankten Sozialisten sowie die kritischsten Tabellen über Rüstungs- und Kapitalistische Gang seit der Revolution, gemessen an den entsprechenden Vorfragesätzen. Die Schrift (Preis 1,50 M.) wird überall ausreichend in der Literaturhandlung kostengünstig sein, gibt es doch ein ungemein starkes Rütteln gegen Bosheit und Tyrannie in die Hand.

Endlich bei Neuer Deutscher Verlag, Berlin B. 8. Unter den Seiten 111 sowie bei allen Buchhandlungen.

„Neuer Arbeiter-Zeitung.“ Die Silbentrennung der Arbeiterklasse bringt in ihrer Januar-Nummer, nach militärischer und ökonomischer Seite, lebhafte und teilweise heftige Diskussionen aus der geselligen revolutionären Freizeitzeitung, die den ganzen Gedanken erfüllt hat. Das Titelblatt zeigt einen an der Spitze des Kapitalismus gezeigten, von einem Dönerstab geschaffenen Sieger. Aber eins der klassischen Klassenkonflikte ist erledigt. Amerika hat eine revolutionäre Regierung bewirkt, bei Bürgerkrieg und organisierten Dauerkriegen weitere Kriege, und ein weiterer Krieg des imperialistischen Gewalten ist in Aussicht. Ein lebhafter Spiegel findet die Serie von Zählerwahlen, die Revolutionen der verschiedenen Nationalitäten in ihrer Entwicklung, ein festgestelltes Weltkriegsproblem. Dieser Spiegel wird sonst sicher Sehner der KPD werden. Die zweite Seite in den geselligen Freizeitzeitungen ist schwer. Nur in China und Russland, Russland und Polen, werden nationale Arbeiterschaften und revolutionäre Arbeiterbewegungen revolutionär. Demokratien in Europa. Sicherlich kann der Zustand der Partei in China und Russland die von Proletarien und Bourgeoisie gegenwärtig gesetzte gesetzliche Stellung, die den Erfolg zusieht.

Gedenkblätter der Sozialdemokratie

Die Herausgabe hat vom 1. bis zum 21. 1. 1923
folgende Redaktion:

Redaktion: Dr. Weisse und Dr. von Knebel-Dörr sind die Herausgeber und verantwortlich aufzuhalten und betreut die Arbeit bis zum Abschluß zum Teil unmittelbar gemacht wird. Beauftragt die Sozialdemokratie vom 1. 1. 1923 ab Berechtigungserklärungen und zwar in der Form, daß jederzeit mit dem Herausgeber beratene Sitzungen, die von ausserhalb kommen, das Zeug für den Vertrieb geschlossen bleibt.

Berechtigungen täglich von 4-7 Uhr

Samstagabend von 1-5 Uhr

Bei der von ausserhalb mit der Zahl kommandierten Sitzungen

in das Büro geöffnet:

von morgens 10 Uhr bis abends 7 Uhr

Sonntagnachmittag von 10 Uhr bis abends 5 Uhr

Verantwortlich für den gelben Zeitung: Kurt Erbe, Dresden.
Für die Inhaber: Walter Müller, Dresden. — Verleger: Schleifer
Verlagsgeellschaft C. m. b. H., Dresden.
Druck: Union-Berlin. Druckereihaus Dresden.

Zeitung

„Zwei Linden“

Salzbrunn - Dresden - Berlin

Redaktion

Heute Sonntag: Parole nur
der mondane

Elite-Jazz-Ball

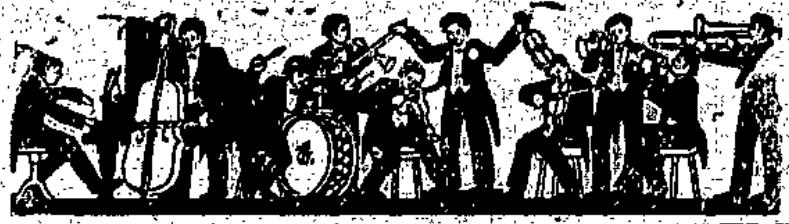
Man fragt:

Warum der ständige Riesenerfolg?

Man sagt:

1000 schicke Beinchen

unter dem Ganzen der winterlichen Märchen-Dekoration und frappanter Lichteffekte, drehen sich
im Strudel des Tanzes bei wirbelnder Jazz-Musik



12 Mann Richard-Jazz-Orchester

und nun jeden Mittwoch

wieder der populäre

Elite-Jazz-Abend

bei zeitgemäßen Eintrittspreisen.



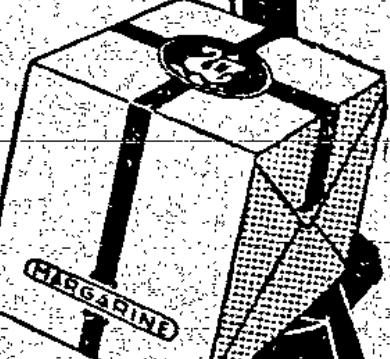
Spare in der Zeit

so hast du in der Not. Feinkostmargarine „Schwan im Blauband“ macht das Sparen leicht und angenehm.

Preis 50 Pf. das Halbfund in

der bekannten

Packung.



Schwan im Blauband

FRISCH GEKIRNT

Wir bitten, beim Einkauf von je 1 Pfund „Blauband-Margarine“ das farbige illustrierte Familienblatt „Die Blauband-Woche“ kostenlos zu verlangen.

Uhren-Rep.-Werkstatt

Reparaturen von Uhren

aller Art und Goldwaren

Rud. Offelmann, Sonnenplan 2

Weltpanorama

Görlitz, Marienplatz

Die Woche

Donaureise

von Delfan - Wien

Zigaretten, Zigarren

Spieldosen

Weltpanorama

Schriftleiter-Schleifer-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Sektion der 3. Internationale

Die Kirche, das Bollwerk der Reaktion, die Mischuldige an den Greueln des Krieges!

Theologieprofessor Ellius in seiner Schrift „Krieg und ethische Betrachtungen“:

Gewalt, Necht und Liebe sind im letzten Grunde keine Gegensätze . . . Wer als Christ bereit ist, für sein Vaterland nicht nur sein Leben hinzugeben, sondern, wenn es sein muß, zu töten oder die Brandschale zu schleudern, kurz zu tun, was seinem innersten Begehrn stend und zuwider ist, der steht nicht fern der großen Liebe des Apostels, nicht fern dem Sinn des großen Dulders, der bereit war, die Sünden seines Volkes wie alter Welt zu tragen und zu löschen.

Theologe Ihmels, Leipzig, in seiner Schrift „Der Krieg im Lichte der christlichen Ethik“:

Wer den Unterschied antiker und christlicher Ethik studieren will, mag ihn auch an dem Unterschied der Kriegsführung studieren . . . Wer den Forschritt im Durchsäuerungsprozeß des christlichen Volkslebens mit christlichen Gedanken studieren will, möge ihn auch an den Forschritten der Kriegsführung studieren!

Wie heißen diese Forschritte? Minen, Giftpaste, Bomben, Flammenwerfer! Und der Erfolg dieser „christlichen Ethik“? 20 Millionen Tote, Verwüstung ganz Europas!

Pfarrer Köhler, Berlin. In seiner Schrift „Der Weltkrieg im Urteil der deutsch-protestantischen Kriegspredigt“ befinden sich folgende Kapitel:

Der Krieg als Gottesdienst der Deutschen. — Der Krieg als Friede zur inneren Einigung Deutschlands. — Der Krieg, die Vollendung des Sinnes der deutschen Geschichte. — Der Krieg als Triebkraft zur Entfaltung protestantischer Frömmigkeit. — Im letzten Kapitel Des deutschen Geistes Schwersegen heißt es: „Hei, wie es jaust aus der Scheide! Wie es junktell im Maimorgen-sonnenchein! Das gute deutsche Schwert, nie entweicht, siegbewährt, segensmäßig. Gott hatte dich uns in die Hand gedrückt, wir halten dich umfangen wie eine Braut. Du bist die lebte Vernunft. Du, lieber Schlager, bist uns ein Träger des Geistes. Du bist nicht bloß der Könige ultima ratio (lebte Vernunft), auch wir Priester des Geistes haben Teil an dir und du an uns . . . Du sollst Bente die Fülle haben. Und du sollst sie alle umbringen dürfen als meine Erschlagenen. Rüste dich und rase und richte. Sie umgeben dich allenhalben; aber im Namen des Herrn darfst du sie zerhauen!“ . . .

Der Berliner Pastor D. Phillips schrieb 1916 in der „Reformation“:

Gott sei Dank, daß der Krieg gekommen ist, ich sag's auch heute noch im dritten Kriegsjahr. Und Gott sei Dank, daß wir noch keinen Frieden haben, ich sag's auch heute noch trok allen Opfern . . . Darum lage ich noch einmal: Gott sei Dank, daß wir den Krieg haben; er allein kann unser Volk noch retten, wenn es überhaupt noch möglich ist, wie wir zuversichtlich hoffen. Er ist das große Operationsmesser, mit dem der große Arzt der Völker die furchtbaren, alles vergiftenden Eiterbeulen ausschneidet. Und Gott sei Dank, daß wir noch keinen Frieden haben.

Ein anderer Prediger der christlichen Nächstenliebe, Theodor Haftan, der Generalsuperintendent von Schleswig, schreibt in seiner Schrift „Die gegenwärtige Kriegslage und

wir Christen“ (1916, Verlag des Schlesw.-holst. Schriftenvereins):

Der Krieg ist ein grausames Handwerk. Sehr grausam. Das kann und wird kein Mensch ändern. Deutsche Augen treffen ebenso schwer wie andere; deutsche Bomben und Torpedos bringen so grausame Vernichtung wie die aller anderen Völker. Ja, haben wir es in der Hand, unsere Augen, Bomben und Torpedos noch vernichtender zu machen als die der anderen, so tun wir das, selbstverständlich und ohne Scheu. Das ist der Krieg. Hier gilt das wunderliche Wort: Je vernichtender, um so barnherziger.

Der Herr Generalsuperintendent geht dann zu einer Schilderung der Kriegswirkungen in England über, die mit den Worten schließt:

Gott sei Dank, daß es mit ihrer Inselsicherung vorbei ist! Möchten noch hundert Zeppeline England heimsuchen! Das wird wie nichts anderes dem Weltfrieden der Zukunft dienen.

Hierzu bemerkt der Reichsbote, das ausgesprochene Parolenblatt:

Das ist auch uns aus der Seele gesprochen. Wir wünschen nichts sehnlicher, als daß alle unsere Kriegsmittel, vor allem die Unterseeboote und Zeppeline, mit äußerster Energie gegen unsere Feinde mobil gemacht werden, vor allem gegen England, denn wir sehen mit Siedebrand keine Möglichkeit, England sonst auf die Knie zu zwingen. Die ebenfalls sehr „christliche“ Ostpreußische Zeitung schreibt: Jesus war kein Schwärmer wie unsere Pazifisten und sah im Kriege ein in dieser Welt notwendiges Uebel. Sein Evangelium will der Menschenseele den Frieden bringen, an die Herstellung eines äußeren Friedens hat er nicht gedacht. So bedeutet es eine Verzerrung des Evangeliums, wenn man Jesus für den Pazifismus in Anspruch nimmt. Es steht durchaus im Einklang mit der christlichen Idee, wenn wir es als Gottes Willen ansehen, daß nebeneinander Völker mit verschiedener Sprache und Kultur ihr Eigenleben führen, und die Bewahrung bzw. Erhaltung nationaler Freiheit und Unabhängigkeit als gottgeordnete Pflicht empfinden.

Pfarrer Lic. Scheffler in seiner Broschüre „In Gottes Namen durch“ 1915:

„Wir Deutsche sind das Salz der Erde. Deutsche Kultur soll den Sieg über das verfaulste Französentum erringen und über den mit Blut und Schweiß ausgesogenen Völker genährten Dunkel Englands und über die überländliche moskowitische Barbarei. Wir können was, wir lassen was, wir sind was. Das soll so bleiben. Deutschland übernimmt die Führung, denn es verdient die Führung. Das ist Gottes Wille von jeher. Auf jedem Blatt der Geschichte ist er zu lesen. Die Männer der Bibel haben ihn verkündet. Der Weltkrieg der Gegenwart wird ihn von neuem auswiesen. Aus den blutigen Morgen Nebeln eines neuen Tages der deutschen Geschichte tritt in gewaltigen Umrissen der göttliche Plan hervor. Deutschland soll das Herrenvolk der Erde sein, Deutschland über alles!“

Derselbe in obengenannter Schrift:

„Dem Soldaten ist das kalte Eisen in die Faust gegeben, und er soll es führen ohne Schwärmerei und

heid!

ingen

en Paraden zu prunkten und monarchistische Leuchten das nicht wenigstens dem Reichs-

ten auf entschädigungslose Enteignung hat inde für sich. Und darum gilt es, alle Einande beiseite zu schieben und eins zu formieren, die dem Volksbegehr den bringt.

1916 Enteignung der Fürsten gibt dem Volke gerade in dieser Zeit der wirtschaftlichen Krise und des politischen Drucks die Gelegenheit, seine Macht zu entfalten. Und gegen die Fürstenabfindung muß eine ing der Arbeitersklasse überhaupt ausgehen. Hren ist nahe als eine Stimmenzählung, zeigen, daß die Massen fähig sind zum

*

ingen zum Volksrecht siehe Seite 2.)

bölkischer Bluff

(Eig. Drachb.) Berlin, 11. Januar.

tagsfraktion hat folgenden Antrag im Rechts-

Annahme des Antrages Koch (Demokrat) und Reichstag beschließen, die Reichsregierung zu er- ie einen Gehentwurf vorzulegen, wonach alle 914 eingewanderten Russen unverzüglich ab- gnet werden.“

ein plumper Abstimmungsmanöver, mit dessen en um eine Stellungnahme zum Fürstenraub zeit, gegen jede Sorte von Volksauszugsre-

im für große Koalition

(Eig. Drachb.) Berlin, 11. Januar.

i der Zentrumsparcie tagte gemeinsam Reichstags- und Landtagsfraktion des Zent- spätkte sich nur mit der Frage der Re-

Watz hielt ein Referat, an das sich eine In der Debatte wurde hauptsächlich darüber争 habe, falls der letzte Versuch der Großen Die Mehrheit stand auf dem Standpunkt: Watz sprach sich dafür aus, gemeinsam emokratischen Partei die Regie-

wurde einstimmig angenommen, in der der st wird, auf die Große Koalition hin-

arisch der oberflächlichen Arbeiterschaft

(Eig. Drachb.) Hindenburg, 11. Januar.

de hier bei in der Silvesternacht ermordet englischer unter Teilnahme von 4500 T. Roten Frontkämpfern zu Grabe ge- eige Breslau sprach am Grabe im Außenge- enden Parteitag und des Kapp.

demonstration in Oppeln

Oppeln, 11. Januar.

Am Sonnabend demonstrierten 4000 Erwerbstlose aus Stadt und Land vor dem Magistrat und dem Landrats- gebäude, um hem dort tagenden Kreistag ihre Forderungen zu unterbreiten.

Jena: Die Holzwaffenfabrik Schleifer-Opel-Jena (400 Mann) und der Textilbetrieb Schleifer-Greiz (1800 Mann) gingen zur Streikarbeit über.

Mannheim: Von Unternehmenseite wurde den Kaufmännischen und technischen Angestellten die Frist zum Januar 1916 gestellt. Als Begründung wird wegen „schlechter Lage der Industrie“ Verkürzung gefordert.

car der zusätzliche erzwungen, wie in derart wimmernden Organisatoren erneut zu seiner Sitzung zu laden; er steht auf dem Standpunkt, daß es sich hier durchaus nicht um eine reine Parteiabsicht, sondern um eine Angelegenheit der freien Massen des Volkes handele. Je mehr Organisationen sich dem Volksbegehr anschließen, um so besser. Sozialdemokraten, Gewerkschaften und Reichsbanner haben also noch Zeit, sich dem Volksbegehr anzuschließen. Tun sie das nicht, dann werden die in dem Auslauf vereinten Organisationen des Volkes, die aus eigenen Kräften betrieben werden, sie sind sich davon überzeugt, daß dieser Schrift nicht nur den Wünschen ihrer eigenen Anhänger, sondern auch den Wünschen der sozialdemokratischen Arbeiter und der Gewerkschaften entgeht. Tiefe werden sich, auch wenn ihre Organi-

Wie die „Tourne Industrielle“ meldet, werden die deutschen französischen Handelsvertrags-Verhandlungen am 14. Januar wieder aufgenommen werden.

Krakauer Blättermeldungen zufolge sind drei Direktoren der Bank Przemysłowa in Krakau wegen Unterschlagungen, die in die Hunderttausende von Goldtalar gebracht haben, verhaftet worden.

Der „Secolo“ nennt Ostern als den Tag, da das italienische Kaiserreich durch Muromini proklamiert werden soll.



Das Begi

Koalition schlecht ver

Der sozialdemokratische „Vollzölle“-Slogan war am Schluß einer längeren Betrachtung, in der der große Krieg verlangt:

„Schließlich liegt ja zwischen Arbeitern der Feind des Friedens und der Kriegs- und Kriegsgegner.“ Nichts ist jedoch immer schwer im Wagnis.

Der Deutscher SPD ist anderthalb Jahre im Wahlkampf. Der „Kriegsgegner“ hat nicht gewonnen.

Wir haben die Arbeiterschaften, die Sozialpolitik noch nicht verdaut. Es gilt nun, die Konsequenzen zu ziehen: Arbeiterschaft, a-

Aus dem Paradies der großen

Die „Vorwärts“-Zeitung schreibt: „Der Militärverein „Feldartillerie im Hinterland“ hat bei der Regierung nachdrücklichst das Ehrenfeuer aufzunehmen abgehen zu dürfen.“

So geschah im November 1925.

In einem kürzlich militärischen Telegramm fordert um Bewilligung von Schußabwurf im republikanisch-kommunistischen Raum man es bestimmt und schreibt:

„Im kommunistisch-republikanischen Freistaat“ Koalition mit einer sozialdemokratischen Regierung und Waffen. Wie lange darf der Kriegskrieg? Einem Tag vorher?

Wir haben die Demokratie. Kreisen die diese Art von Demokratie noch wundrer preisen.“

Aus der Prov

Gigi Herrmann auf der Ankl

Am 21. August v. J. erschien in dem „Sächsischen Volksblatt“ ein Artikel mit einem sehr feinen Titel: „Gigis Brüder“. Da die dem Kaufmann Jakob Gittmann aus Bischofsdorf Vorwurf gemacht, daß er im Jahre 1915 Soldaten noch tapfer kämpfen ausgerufen habe, ohne seine Kollegen zu geradestehen. Gittmann dieser Artikel bestätigt und fand die vorwürflich gestellten Redaktion Dr. Bruno Hartmann auf die Beleidigung, daß an dem Altvater kein Rücksicht bei Gittmann obiges in fähig, freiwillig an die Front gegangen und dort getötet. Die Beleidigung wurde erste Strafbefreiung. Hier hat wirklich: keine Blöße geben.“ Gittmann stellte nun gegen Dr. Gigi Herrmann Strafantrag wegen Schadrede. Am Mittwoch, den 6. d. Monats kommt vor dem Strafgericht zu verantwortliche behauptete, der Artikel sei ihm nur aus Schaden, vorgezogen, er habe ihn zu kommen. Der von dem Angeklagten angeborene unrecht. Der Vertreter der Anklage holten des Angeklagten, der hier einen zweitstelligen Betrag gemäß habe. Ein Betrag von 300 Mark. Auf das Gericht und eine höhere Belohnung und bestimmt zu 300 Mark Geldstrafe und kommt den 6. August zu.

Sowohl der Bericht eines burgerlichen Blattes. Wir wollen den vor hinzutragen, daß der ehrwürdige Gigi Herrmann (also Herrmann) es zweitweise vorgezogen hat seine Stellung in Dresden gegen eine, wie er selbst sagt, vorteilhaftere in Berlin zu verteidigen. Gleichzeitig blieb Gigi.

Reichswehr. Gemeinde-Soldaten. - Bei der am 5. Januar stattfindenden Sitzung des Gemeinderates erhielt der Landsturm II Bergbaute Bruno Drasdo fünf Stimmen und der Reichswehr Bergbau Paul Lehmann vier Stimmen. Drasdo ist jetzt gewählt. Das Gemeinderat ist für mindestens das zwei kommenden, vier Sozialdemokraten und drei Bürgerlichen.

Die 2 sozialdemokratischen und 3 sozialdemokratischen Sitze

Geschäftsstunden der Gefahrleitung

zu Sonntagnachmittag 14 Uhr nach 11. 12. 1925

Während der Woche wird bei den ersten Tagen über die Geschäfte im Büro verhandelt und darüber bis Mittwoch eine Abschlußsumme vom 1. 1. 1926 ab vereinbart und was in der Zeit, das beginnen mit dem nächsten Werktag, die von eintretende kommen, das Preis für den Verkauf festgestellt bleibt.

Geschäftsstunden täglich von 1-7 Uhr

Mittwoch von 3-8 Uhr
Für die von außerhalb mit der Bahn kommenden Genossen in das Büro geöffnet:
von morgens 10 Uhr bis abends 7 Uhr
Sonntags 10 Uhr bis abends 5 Uhr

im Gesetz schnellig ausfällt. Leben ist nicht nötig, aber Leben ist nötig. Sieg und übermals Sieg! Der Krieg ist der Totengräber für abgelebte Größen und der großerliche Regulation für die Machtverhältnisse der Völker. Er ist aber auch mehr, nämlich der Erwerber echter, gefunder Kultur. Er schafft neues Aufblühen auf allen Gebieten, neuen Industrien, neuen Ablauf, neue Erwerbsmöglichkeiten, vor allem aber neue Ideale. Der wichtigste Teil des Weltkrieges ist und bleibt die Kanone und der unerschöpfliche Träger der Kultur ist und bleibt der Soldat. Der Mensch denkt und Gott lenkt. Das letzte Wort hat Gott sich vorbehalten. Auch dieser Krieg mit allem, was er an Opfern kosten wird, und mit allem, was er bringen wird, zur Erfolgen und Machtverschiebung der Staaten, wird zur Ehre Gottes und zur Förderung seines ewigen Reiches dienen.

Begreift wohl, es gibt nur ein Mittel, die Übermacht der Feinde wegzumachen, das ist die Stärke eurer Kriegsführung. Glaubt nicht, daß wir nur ein Flinkchen Erbarmen von Ihnen zu erwarten hätten, wenn es Ihnen gelänge, Deutschland niederzuwerfen. Mit Hohlräumen, mit häßlicher Grausamkeit würden sie unser Land verwüstet. Kleine deutschen Unbilligkeiten und Schwächen mehr! Der Kriegszweck hat zu entscheiden, nicht Mitteld noch Menschlichkeit! Der Kriegszweck aber verlangt Vernichtung des Feindes. Fest das Schwert gesetzt! Jeder Sieg muß sicher, jeder Schuß muß treffen! Im Namen Gottes, der euch zu Rächern für all das Greuel und Blutvergießen des Krieges bestellt hat; der euch die Vollstreckung seines Urteils übertragen hat über die Gottvergessene, bludürftige, habgierige Politik unserer Feinde: Schlagt drauf! Gott ist immer noch da. Er ist nicht während des Krieges in die Ferien gegangen, er spricht zu uns im Donner der Geschüsse, und erfüllt die Herzen derer, die auf ihn trauen mit Kraft und Mut. Macht euch keine Sorgen um eure Familien, wenn auch der Ernährer fehlt. Der ärgsten Not wird doch gestern. Die Behörde beugt dem Lebensmittelwucher vor und gibt Unterschüttungen; für die Kinder sind Heime und Speisungen eingerichtet, es ist unmöglich, alles aufzuzählen, was geschieht, um euren Familien ihr Los erträglich zu machen. Wir sind jetzt alle Soldaten und kämpfen miteinander fürs Vaterland. Ihr draußen mit der Waffe, wir mit den Werken der Liebe.“

Der Pfarrer Schelller amtiert heute noch in Wilmersdorf bei Berlin!

Der selbe in obengenannter Schrift:

„Das Gebot lautet nicht nur: gehe hin und töte, sondern auch: gehe hin und lasse leben. Wer für seine Pflicht stirbt, stirbt im Dienste Gottes. Es sind immer Feiglinge und Memmen, die bei Beginn der Schlacht von standloser Angst ergriffen werden. Besonders wenn es zum ersten Mal ins Gesetz geht. Die eiserne Disziplin, das Beispiel der Vorgesetzten und beherzte Kameraden, dann die Will des Kampfes, das kann gegen die Schwäche und das heulende Elend helfen, aber das Beste ist doch, das ihr wisst, ihr sollt Gottes Gebot erfüllen und euch in Gottes Schädigung führen. Christen müssen sterben können, wenn Ehre und Pflicht es erfordern. Einen Tod sind wir Gott doch schuldig, und der Tod ist nur ein Augenblick. Der Christ stirbt nicht, nur sein Elend stirbt. Aus dem Lande der Tränen und der Todesqualen schwingt sein befreiter Geist sich hinauf zur ewigen Heimat der Kinder Gottes. Niemand denkt vor dem Kampfe. Wenn aber erst die Augen singen, dann denke nur noch an eins: wie du deinen Platz

Und nun, Lefer, Arbeiter, Kloßgenosse, was sagst du dazu? Hast du dir noch einen Funken Menschlichkeit, einen Rest Vernunft, ein wenig Galle bewahrt, so wird dich der Ekel schütteln über die abgrundtiefe Gemeinheit jener Diener der Kirche, von denen wir hier nur einige wenige mit einem verschwindenden Bruchteil ihrer Kriegshekte erscheinen ließen.

Fast 20 Millionen blühende Menschenleben wurden auf den Schlachtfeldern des Weltkrieges gerächt, zerstört, zuletzt schändlich gelöscht!

Über 30 Millionen Menschen sind an den Folgen des Krieges, Hunger, Seuchen, mehr als sonst während der Kriegszeit in den kriegsführenden Ländern gestorben. Und mehr als 40 Millionen Geburtenausfälle sind in der gleichen Zeit zu verzeichnen. Insgeamt mehr als 90 Millionen Menschen als Verlust des Weltkrieges. Aber die kriegsheerischen Pflasten haben wir noch alle, die schon wieder ihrem blaufigen Handwerk frönen. Legt ihnen ihr nerdrückliches Handwerk

durch sofortigen Austritt aus der Kirche

Arbeiter, Arbeiterfrau, steigt dir nicht die Schamröte ins Gesicht, daß du dieser Kirche überhaupt noch angehörst? Dein Platz ist schon längst in der proletarischen Kulturorganisation, der

Gemeinschaft prolet. Freidenker.

Auskunft und Material durch die Reichszentrale Leipzig-Lindenau, Könnigerstr. 15, oder durch die Odmänner der Landesgebiete: Rheinland-Pfalz: Paul Schneider, Bodenau, Wernerstraße 92. Württemberg-Oberschwaben: Heinrich Schmarz, Hamburg, Greenweg 33. Hessen-Nassau: Gustav Mönnich, Friedberg in Hessen, Hauptstraße 40. Bayern: Friedrich Glas, München, Luisenstraße 42, IV. Sachsen: Max Kloß, Dresden-Cotta, Weidenstraße 49. Schlesien mit Lausitz: Otto Niedel, Kottbus, Marienstraße 6. Brandenburg mit Pommern, Ostpreußen, Westpreußen, Danzig: Ernst Hoffmann, Potsdam, Jägerstraße 35. Mitteldeutschland: Hermann Gramann, Halle a. Saale, Merseburger Straße 97. Sachsen: Paul Käß, Greiz, Grüne Linde 7. Braunschweig: Arthur Buchhorn, Braunschweig, Cäcilienstraße 8, III. Hannover: Dietrich Kiehr, Hannover, Großestraße 3.

Verlag: Gemeinschaft proletarischer Freidenker, Leipzig-Lindenau, Könnigerstraße 15. Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft in Leipzig.

von Paffan-Wien

Zigaretten
Sekunden

**Pfeiffers
Bierstuben**

„Zum goldenen Kreuz“

Langenstraße
empfiehlt seine Lokalitäten
einer gütigen Beachtung

Langenstraße 9, Laden

Sozialistische Arbeiters-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Sitzung der 3. Sitzungskommission

mit den Gründungen:

"Der Rote Stern", "Der Kommunistische Gewerkschaftler", "Rote Hilfe",
"Die Kommunistin", "Der Großkommunist", "Erlösung", "Der Jungprolet"

Begründet von Bernhard Gottsäuber (März 1920 ermordet)

Waffen für den Volksentscheid!

Auch bürgerliche und sozialdemokratische Zustimmungserklärungen

(Eigene Drahtmeldungen)

Berlin. Beim Ausschus zur Durchführung des Volksentscheids, Berlin SW. 40, Wilhelmstr. 48, sind bis über 5000 schriftliche Zustimmungserklärungen aus dem ganzen Reich eingegangen. Charakteristisch ist, daß sie in der Hauptstadt aus von Bürgern — bis weit in die Provinzreiche — stammen und damit die entschädigungslose Enteignung der Fürsten fordern. Auch aus Kreisen der technischen Angestellten und der Beamten liegen zahlreiche Zustimmungserklärungen mit ihren Unterschriften vor. Ebenso aus Alterslisten von Witwen und aus den Kreisen des durch die Inflation verarmten Mittelstandes. So sehr allen Zustimmten wird betont, daß von den Parlamenten keine dem Willen des Volkes entsprechende beschließende Enteignung zu verhoffen und beständig ist.

Berlin. Auf der gestrigen Generalversammlung der Liga für sozialistische Freiheit kündigten Man besiegte sich auch mit der Frage der Fürstenabfindung. In der an das Referat über anstehenden Debatte sprach Hellmuth v. Gerlach für eine Enteignung der Fürsten. v. Gerlach und Stöbel wurden nicht mehr gewählt, an ihre Stelle traten Gumbel und General von Schönach.

Frankfurt a. M. In einer republikanischen Versammlung sprach Koch. Der Reichstag sollte die Vorberatungen zum Volksentscheid mit einer Abfindung treffen. In seinem Referat erklärte er, daß nur die Fürsten, die kein Vermögen im Ausland haben, eine Rente auf Lebenszeit auszahlen solle. (1)

Berlin. Auf einer Reichsbannerkundgebung in Berlin-Mitte wurde eine Resolution angenommen, die für gegen Fürstenabfindung aussprach.

Sollingen. Die Generalversammlung des Verbandes der Staats- und Gewerkschaftler, in der ungefähr 70 Prozent der Mitglieder waren und waren, wählte eine fast durchweg aus oppositionellen Kollegen bestehende Ortsverwaltung. Außerdem wurde eine Resolution gefasst, die von ADGB, SPD und KPD fordert, alles daran zu setzen, um eine Volksentscheid über die Fürstenenteignung durchzuführen. Ferner wurde vom ADGB die Einberufung eines Gewerkschaftsgroßes für Rheinland-Westfalen geordnet.

*

In Breslau haben sich bekanntlich das Reichsbanner und die "Volkswacht" für den Volksentscheid über die Fürstenabfindung ausgesprochen. In den übrigen Provinzen in Österreich sowie im Reich ist das aber nur vereinzelt der Fall. Wir veröffentlichen deshalb folgende Zuschrift, die wir aus Berlin von besonderer Seite erhalten:

"Das Verlangen, den schmalen Anpruchn der Fürstenhäuser durch den Volksentscheid einen Siegel vorzugeben, erfüllt von Tag zu Tag breitere Kreise. Diese Bewegung darf nicht wieder verstanden werden, sie muß zu einem positiven Abkommen gebracht werden, und der erste Schritt ist das Volksbegehen, für dessen Durchführung sich nunmehr eine große Anzahl politischer, kultureller und wirtschaftlicher Organisationen eingesetzt haben. Die Publizierung der Richtlinien, die dem eintrütgenden Gesetzentwurf zugrunde gelegt werden sollen, hat unter den breiten Massen ein lebhaftes Echo wachgerufen. Der von den Organisationen eingeleitete Reichsausschuß hat bereits eine große Anzahl von Zustimmungserklärungen erhalten, wobei zu bemerken ist, daß diese in erster Linie aus bürgerlichen Schichten kamen. Aber auch aus sozialdemokratischen Kreisen laufen fortgesetzte Zustimmungserklärungen ein, und von allen Seiten wird betont, daß

die entschädigungslose Enteignung, wie sie von Anfang an von den Kommunisten gefordert wurde, die einzige möglichste Form ist, die für den Gesetzentwurf in Frage kommen können.

Obwohl die Zentralinstanzen der Gewerkschaften, die Sozialdemokratische Partei und auch das Reichsbanner an der Sitzung des Ausschusses, in der die Richtlinien für den Gesetzentwurf ausgearbeitet wurden, eingeladen waren, hat es keine der Gewerkschaftsorganisationen für nötig befunden, an der Sitzung teilzunehmen. Dessen ungeachtet hat der Ausschuss beschlossen, die in Betracht kommenden Organisationen einzuladen zu seiner Sitzung zu laden; er steht auf dem Standpunkt, daß es sich hier durchaus nicht um eine reine Parteifrage, sondern um eine Angelegenheit der breiten Massen des Volkes handele. Je mehr Organisationen sich dem Volksbegehen anschließen, um so besser. Sozialdemokraten, Gewerkschaften und Reichsbanner haben also noch Zeit, sich dem Volksbegehen anzuschließen. Tun sie das nicht, dann werden die in dem Ausschus vereinigten Organisationen des Volkes selbst aus eigenen Kräften betreiben; sie sind sich dessen darüber, daß dieser Schritt nicht nur den Wünschen ihrer eigenen Partei, sondern auch den Wünschen der sozialdemokratischen Arbeiter und der Gewerkschaftler entspricht. Diese werden sich, auch wenn ihre Organi-

sationen das Volksbegehen sabotieren sollten, über die Köpfe der Führer hinweg mit Feuerkraft an der Bewegung beteiligen. Sie sich häufenden Proteste aus allen Teilen des Reiches beweisen zur Genüge, in welchem Lager bei der Frage der Fürstenabfindung die breiten Massen stehen. Der Volksentscheid entspricht tatsächlich einem Begegnung.

Wenn nun die Sozialdemokratische Partei, die Gewerkschaften und das Reichsbanner etwa erklären sollten, für eine entschädigungslose Enteignung ließe sich keine Mehrheit auftreten bringen, so muß dieser Einwand von vorneherein dadurch entkräftigt werden, daß ohne eine juristische Parallele Maßnahmen nicht in Bewegung gebracht werden können. Warum sollen auch die Fürsten anders behandelt werden als die arbeitslosen Arbeiter und die enteigneten Mittelklassen denen durch die Diktaturen der ieser Kräfte weggenommen würden? Enteignung mit Entschädigung ist für die Kräfte ein: Ausnahme: Enteignung ohne Entschädigung heißt: Gleicher Recht für alle! Diese Form der Fürstenabfindung ist auch verfassungsmäßig die allein richtige.

Die Enteignung soll ja zum Wohle der Allgemeinheit erfolgen und ist exakt Linié den Bedürftigen, den Kriegsbeschädigten und Sozialräntern zugute kommen, jenen also, die nicht zuletzt durch die Schuld der ehemaligen Fürsten in ihre heutige Lage gelommen sind.

Obendrein: ist denn für die Fürsten nicht schon genügend gesorgt? Die meisten von ihnen bezahlen, was bis jetzt noch nicht bekannt war, als ehemalige Offiziere des Kaiserlichen Heeres eine Pension, die zur Besteckung eines glänzenden Unterhaltes reißlos ausreicht. Der Herzog von Württemberg und Kappert von Bayern erhalten als ehemalige Armeeführer monatlich mindestens 2000 Mark Pension, auch die Hohenpöllnerin geltet als pensionierte Offiziere und der ehemalige Kronprinz von Preußen, der gegenwärtig in Ost auf einer Besitzung von 45.000 Morgen steht, steht neben den Erträgeln aus seinem Gute monatlich 2000 Mark Pension als ehemaliger Haeführer ein. Es wäre doch sonderbar, wenn sozialdemokratische Führer behaupten wollen, mit solchen Summen ließe sich nicht auskommen, man müsse den Kaiserlichen Prinzen stendren noch eine Rente zugestehen!

Was aber die Versorgung des alten Herrn in Doorn anbelangt, so mögen, wenn die Enteignung durchgeführt ist, ruhig die Söhne und Enkel, die alle im besten Alter stehen und voll erwerbsfähig sind, nach seiner Versorgung annehmen. Sie haben ja alle eine vorbildlich christliche Erziehung genossen und somit wohl hoffentlich auch das Vierle Gebot gelernt, wissen also, was sie den Eltern schulden. Von einer ehrlichen Arbeit der ehemaligen Prinzen kann auch der republikanische Staat nur profitieren: wenn die Herrschaften erst einmal für ihren Unterhalt selber sorgen müssen, werden sie weniger Zeit anbelangen, so mögen, wenn die Enteignung durchgeführt ist, ruhig die Söhne und Enkel, die alle im besten Alter stehen und voll erwerbsfähig sind, nach seiner Versorgung annehmen. Sie haben ja alle eine vorbildlich christliche Erziehung genossen und somit wohl hoffentlich auch das Vierle Gebot gelernt, wissen also, was sie den Eltern schulden. Von einer ehrlichen Arbeit der ehemaligen Prinzen kann auch der republikanische Staat nur profitieren: wenn die Herrschaften erst einmal für ihren Unterhalt selber sorgen müssen, werden sie weniger Zeit

Zum Tage

Nachdem das Wiederaufnahmegesetz des von der Roten Hilfe beantragten Rechtsanwalts Oskar abgelehnt war, stellten die Anwälte einen Antrag auf vorläufige Strafunterbrechung. Der Antrag ist jetzt abgelehnt worden.

Der falschiditische Messerheld, der am 23. April 1925 einen Reichsbannermann mit einem Messer schwer verletzte, wurde vom Schöffengericht Karlsruhe jetzt freigesprochen, da ihm „Notwehr“ unterstellt wurde.

Heute erscheinen an den Platzställen Berlins und einem Reihe von Städten im Reiche rotgeränderte Plakate der Berliner polizeilichen Polizei, auf denen 6000 Mark Belohnung für die Aufklärung der Gememorde ausgeschafft werden. Es handelt sich um die Fälle Legner, Wilm's und Sand.

Wie die „Journe Industrielle“ meldet, werden die französischen Handelsvertrags-Berhandlungen am 14. Januar wieder aufgenommen werden.

Krefelder Blättermeldungen aufzeigen sind drei Direktoren der Bank Präymslow in Krefeld wegen Unterschlagungen, die in die Hunderttausende von Mark verhaftet worden.

Der „Secolo“ nennt Osterntag als den Tag, da das italienische Kaiserreich durch Mussolini proklamiert werden soll.

haben, bei militärischen Paraden zu prunkend und monarchistisch Gehoben zu halten. Leuchtet das nicht wenigstens dem Reichsbanner ein?

Das Volksbegehen auf entschädigungslose Enteignung hat also alle guten Gründe für sich. Und darum gilt es, alle künstlich konstruierten Einmände beiseite zu schließen und eine Einheitsfront zu formieren, die dem Volksbegehen den gewünschten Erfolg bringt.

Die entschädigungslose Enteignung der Fürsten gibt dem gewaltigen und wertvollen Volke gerade in dieser Zeit der wirtschaftlichen Not, der sozialen Krise und des politischen Drucks eine nie wiederkehrende Gelegenheit, seine Macht zu entfalten.

Von der Bewegung gegen die Fürstenabfindung muß eine allgemeine Mobilisierung der Arbeiterklasse überhaupt ausgehen.

Das Volksbegehen ist mehr als eine Stimmenzählung, es ist ein Prüfstein, zeigend, daß die Massen fähig sind zum entschlossenen Handeln!

(Weitere Zustimmungen zum Volksentscheid siehe Seite 2.)

Ein völkischer Bluff

(Eig. Draht.) Berlin, 11. Januar.

Die völkische Reichstagsfraktion hat folgenden Antrag im Reichsausschuss eingereicht:

„Im Falle der Annahme des Antrages Koch (Demofrat) und Genossen, wolle der Reichstag beschließen, die Reichsregierung zu erlauben, dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorzulegen, wonach alle seit dem 1. August 1914 eingewanderten Juden entschädigungslos enteignet werden.“

Dieser Antrag ist ein plumpes Ablenkungsmanöver, mit dessen Hilfe sich die Völkischen um eine Stellungnahme zum Fürstenraub bewundern wollen.

Die KPD ist bereit, gegen jede Sorte von Volksausläugersstellung zu nehmen.

Das Zentrum für große Koalition

(Eig. Draht.) Berlin, 11. Januar.

Der Reichsausschuss der Zentrumspartei tagte gemeinsam mit den Vorständen der Reichstags- und Landtagsfraktion des Zentrums. Die Sitzung beschäftigte sich nur mit der Frage der Regierungsbildung. Marx hielt ein Referat, an das sich eine rege Debatte schloß. In der Debatte wurde hauptsächlich darüber gesprochen, was zu geloben habe, falls der letzte Bericht der Großen Koalition scheitern sollte. Die Mehrheit stand auf dem Standpunkt, daß man zu blieben. Dr. Wirth sprach sich dafür aus, gemeinsam mit der Sozialdemokratischen Partei die Regierung zu bilden.

Eine Resolution wurde einstimmig angenommen, in der der Parteidirigent beauftragt wird, auf die Große Koalition hinzuarbeiten.

Massenauftauch der oberösterreichischen Arbeiterschaft

(Eig. Draht.) Hindenburg, 11. Januar.

Am Sonntag wurde hier bei in der Silvesternacht ermordet Kamerad Viktor Ranzlers ante Teilnahme von 4500 Arbeitern und 500 Roten Frontkämpfern zu Graben gebeten. Kamerad König-Breslau sprach am Graben des Käufers des in Oberösterreich tätigen Parteitages und des NSB.

Erwerbslosendemonstration in Oppeln

Oppeln, 11. Januar.

Am Sonnabend demonstrierten 4000 Erwerbslose aus Stadt und Land vor dem Magistrat und dem Landgerichtsgebäude, um dem dort tagenden Kreistag ihre Forderungen zu unterbreiten.

Jena: Die Holzwarenfabrik Schleifer auf Jena (400 Mann) und der Textilbetrieb Schleifer-Gries (1800 Mann) gingen zur Arbeitszeit über.

Mannheim: Von Unternehmenseite wurde den Kaufmännischen und technischen Angestellten die Lizenzen zum Januar 1920 gestrichen. Die Begründung wird wegen „schlechter Lage der Industrie“. Herausforderung gefordert.

Der Wettbewerb beim Volksbund sozialistische Seite des finanziellen Wettbewerbs des Reichstags

(Von Dr. Diederichs, 11. Januar)

Ein Sonderauskunftsbericht wird die am 20. Januar vorausgegangene Sitzung des Reichstags beschließen. Bei dem soeben abgegangenen Wettbewerb zwischen den Parteien und dem Volksbund steht der Volksbund im Vorteil.

Die Partei ist am folgenden Tag, dem Reichstagssitzung, die Wahlkampf-Aktionen, die SPD, und das Judentum haben sich mit Kandidatenlisten für die Volksbundsposten nach Westen gewandt. Sobald nämlich Deutschland Mitglied des Volksbundes wird, steht ihm auch die Belebung einer reichen Wirtschaftlichen im Volksbundspartie zu. Das kann sehr begehrt werden, da es durchaus möglich einige Tausend Goldmark im Monat einzubringen.

Die Gliederung des Auswärtsministeriums stellt folgenden Zeitpunkt fest: Herr Marx, der Vorsteher des Zentrums, hat es für notwendig gehalten, auf Grund legenden Antrag einer Liste von Kandidaten für Volksbundsposten aufzustellen und nach Westen zu lassen. Er hat freilich eine Abschrift seiner Liste dem Auswärtigen Amt in Berlin zugehen lassen. Dieser Schrift des Zentrums erregte in Berlin außerordentliches Aufsehen. Der Generalsekretär des Volksbundes lobt sich den deutlichen Generalsturz kommen und teilte ihm mit, dass der Volksbund seine Macht habe, sich mit den einzelnen politischen Parteien Deutschland über die vorhandenen Beamtenstellen zu unterwerfen. So hatte die Volksbundsherrschaft des Zentrums mit einer elenden Planlage geendet.

Der kommunistische Redner führte aus: Wenn Deutschland schon in den Volksbund eintrete, müssten Männer nach Westen gehen, die wenigstens etwas Prestige gegenüber England besitzen. Deshalb sei z. B. eine Kandidatur des Herrn v. Althmann, von der in der Presse mehrfach die Rede war, ganz unmöglich. Der Einfluss des Reichstags auf die Stellenbesetzung ist nur zu wahren, wenn die Reichsregierung allein verantwortlich bleibt. Jede Kontrolle führt auf, sobald gewisse Politiker auf Nebenwegen beim Volksbund unterzuhüpfen suchen. Deshalb sei der Schrift des Herrn Marx, des Vorsteher des Zentrums, aufs scharfe zu missbilligen.

Die SPD brachte einen Reinhaltungsauftrag für sich und für das Zentrum ein. Dafür kündigten die Demokraten, einschließlich auch die Deutsche Volkspartei und die Baierische Volkspartei, Man sieht, die Große Koalition marschiert.

Außerdem wurde ein Antrag gestellt, der noch speziell das Auswärtige Amt und den deutschen Generalsturz in Westen reizwählen sollte. Dafür kündigten sämtliche Parteien, außer den Kommunisten.

Hochwasser als Geschäft

Jarres für Unterstützung der großen Werke — an Kosten der Geschädigten

In den letzten 48 Stunden ist das Hochwasser so weit geführt, dass am Niederrhein der Wasserstand dem normalen Hochwasser bei Schneeschmelze entspricht. Der angerichtete Schaden wird voraussichtlich noch weit über die ersten Schätzungen hinausgehen. Beide Ufer haben schwer gelitten, obwohl es mit Ausbildung von Schutz und aller Deliktheit im letzten Moment noch gelungen ist, bei Keerzen den Hauptdeich des rechten Ufers zu retten. Das Hochwasser läuft nur äußerst langsam ab. Man befürchtet, eventuell wie im Jahre 1920 wenige Wochen nach der ersten mit einer zweiten Welle rechnen zu müssen, die die Geiste ungewöhnlich finden würde.

Bei Köln ist der Rhein in seine Ufer zurückgetreten. Die Verbindung mit Mülheim ist wiederhergestellt, der Betrieb der Uferbahn Köln-Bonn und der Eisenbahnbetrieb sind wieder aufgenommen worden.

Der frühere Reichsinnenminister Jarres erklärte einem Berichterstatter der Tel.-Union unter anderem, die Jahrzehnte ohne gesäßliche Hochwasser hätten Bevölkerung, Wirtschaft und selbst die verantwortliche Baupolizei unsicher gemacht, um nicht zu sagen, leichtfertig gemacht. Das sei der Grund für die Höhe der Hochwasserschäden seit 1920. (Köln hat allein von den Schäden von 1920 noch 600 000 Mark, Duisburg 500 000 Mark Schäden). Zur Frage der Entschädigung verlangte Jarres einheitliche Richtlinien, die bis vor allem dadurch von den früheren zu unterscheiden hätten, dass „bei der ungeheuren Kreditnot der Wirtschaft diesmal nicht wieder die Auflösung Währungen dürfen, die großen und leistungsfähigen Unternehmen könnten sich selbst helfen; vielmehr müssen auch sie ernsthaft in den Kreis der Unterstützen einzogen werden, selbst auf die Gefahr hin, dass dann die Entschädigungsquote allgemein geringer ausfallen könnte.“

Diese Rede des früheren deutsch-nationalen Innenministers enthält nicht nur das wichtige Eingeständnis einer erheblichen Mündigkeit der staatlichen Baupolizei, sondern zugleich eine offene Programmsklärung der Industriekapitalist, die, wie seinerzeit aus der mit ihrem Willen erzeugten Ruhmreue ist aus dem Hochwasserjahr Kapital schlagen möchte, indem sie Rübenkunden für sich beanspruchen.

Die Arbeiterschaft wird dieses frechholte Spiel nicht ruhig mit ansehen. Sie verlangt Bestrafung der schändlichen Beamten, Juridisierung der unverschämten Anträge der Großkapitalisten und wirtschaftliche Hilfe für die geschädigten Werktagen.

Ortsverwaltungswahlen im Dr. B. Engelsstadt

In der vor kurzem stattgefundenen Generalversammlung des DRB-Jugendbundes wurde die alte Führung, die sich aus 3 APD, 1 SPD und 2 parteilosen Kollegen zusammensetzte, wieder gewählt. Gestern wurden zum Kommunismus als Delegierte in das Gemeinderatsatress bestimmt. In letzter Gesellschafter wurden von der zur Opposition gehörenden Verwaltung neue Mitglieder in den Verband aufgenommen.

Falsche Banknoten, ungarnische Grafen und preußische Minister

Diesen falschen Banknoten der Römer? In einem alten Theaterstück sagt ein weitsinniger König: Das Geld, das ich mache, ist echt, denn ich bin der König selbst. Nehm also wohl der Landespolizeipräsident Ungarns, Herr von Reda,

Deutsch-nationale Korruption im Reichstag ausdrückt

Der deutsch-nationale Abgeordnete Oberling — als Rechtsanwalt der fürstlichen Dienstleute

(Von Dr. Diederichs, 12. Januar)

In der am Sonnabend von uns gemeldeten Korruption im Reichstag ausdrückt der Reichstag vor dem nächsten Bericht:

Der Reichstag ausdrückt, dass am Freitag, den 8. I., die Befreiung des finanzlichen Material zur preußischen und thüringischen Dienstleistung fort

Nachdem gestern die Gehaltsrate des preußischen Finanzministeriums auf die Frage nach der Stellung der preußischen Regierung zu der reichsrechtlichen Regelung der Frage keine klare Stellung genommen hatten, erschien heute auf Rücksicht des Ausschusses der preußischen Finanzminister Hoyer-Müller verblüffend und gab über die Frage folgende Erklärungen ab:

Als die preußische Staatsregierung im letzten Freitag die Verhandlungen mit den Hohenzollern wieder aufnahm, glaubte sie auf eine reichsrechtliche Regelung nicht mehr rechnen zu können. Der Antrag Waller-Franzen (das ist der damals von den Sozialdemokraten zur Frage der Fürstenabfindung gestellte Antrag) war nicht mehr zur Erledigung gekommen und im neuen Reichstag nicht wieder aufgenommen worden. Wie wurden in unserer Auflösung noch bestätigt, dadurch, dass unter dem Aufwertungsgesetz gestellter Antrag, wonach die Länder das Recht haben sollten, über die Höhe der Auflösung der Rentenansprüche der vormalig mediatisierten und deposedizierten Fürsten, durch Landesgesetz zu entlasten, zwar vom Reichsrat angenommen, aber von der Reichsregierung und dem Reichstag nicht in das Aufwertungsgesetz aufgenommen wurde. Preußen muss deshalb bestreiten, dass auch noch die Hohenzollern das Recht haben sollten, ebenso wie die anderen Fürsten, die in den Jahren 1919 und 1920 aufgewertete Brüder zu ihren Rentenansprüchen, die sich auf 11 Millionen belaufen zu möchten werden. Wir haben daher auch mit diesen ehemaligen Fürsten Verhandlungen eingeleitet. Und ebenso mochten wir, nachdem wir auf ein Rechtsgesetz nicht mehr hoffen konnten, einen Vergleich mit dem ehemaligen preußischen Königsland aufzutreiben. Wir könnten die Dinge nicht den Gerichten überlassen, wenn der Staat nicht unerheblichen Schaden erleiden sollte. Der Vergleich entpricht mir aus nicht unerheblichen Gründen schlecht.

Der Legislativrat ist will der preußischen Regierung in nun folgende: So lebt der Reichstag darüber uns die Erledigung, die uns bisher fehlt, noch in letzter Stunde geben, so werden wir den Antrag auf einen Vergleich zwar nicht ablehnen, sondern wir werden dann vorschlagen, von der reichsrechtlichen Regelung Gebrauch zu machen.

Das heißt also, auch die preußische Regierung, die gestern nicht klar Farbe bekennt, stellt sich heute auf denselben Standpunkt, wie ihn gestern der Vertreter der Thüringischen deutsch-national-schwarzen Landesregierung: Thüringen und Preußen fordern die reichsrechtliche Regelung der Fürstenabfindung.

Auf die Frage eines Zentrumsvertreters gab der preußische Finanzminister noch Beispiele für die Art und Weise, wie die deutschen Gerichte aus ihrem tiefen monarchistischen Empfinden heraus von den vorgelaufenen Fürsten nicht nur 14 hundertfache Aufwertung, sondern auch noch alle möglichen anderen Vorteile abgewonnen haben. Sie haben die alten östlichen Kabinettordnungen, die vormalige König Wilhelm IV. in vielen Fällen das Staatsamt für das Privatleben dieses oder jenes Hohenzollerns eröffnet hat, als rechtmäßige Geize und auf dieser „gesetzlichen“ Grundlage die räuberischen Ansprüche der Hohenzollernfamilie anerkannt. Sie haben die Großstadt Oels, die ein Lehens für den „Thronfolger“ darstellt, dem Söhnen von Charleville zuerkannt, obwohl dieser in der deutschen Republik und in den Augen eines republikanischen Königs selbstverständlich gar kein „Thronfolger“ mehr ist.

Auf weitere Anfragen bestätigte der preußische Justizminister noch einmal ausdrücklich, dass der jetzt abgeschlossene Vergleich mit dem vormaligen Fürstenhaus für den Staat kaum günstiger ist, als der frühere vom Jahre 1920. Der einzige Unterschied besteht darin, dass damals den Hohenzollern noch Hundert Millionen Papiermark zugesprochen worden sind, deren Goldwert aber 1920 natürlich ein beträchtlich niedriger war. Der Ausschuss trat hierauf wieder in die Befreiung des thüringischen Materials ein. Der thüringische Finanzminister

Rücksicht nimmt über den Stand der Verhandlungen in Sachsen-Anhalt und in Sachsen-Coburg. Hierzu gab es einen Sonderbericht des Reichstags ausdrückt, dass der abgesonderte Bericht von Sachsen-Anhalt den ihm früher abgestellten Vergleich innerhalb im Bereich angefordert hat. Als ihm darauf die Frage gestellt wurde, auf welche Gründe diese Ansicht gegründet ist, plauderte dieser reichsrechtliche nationale deutschnationale Mann ein lange verborgenes Geheimnis aus. Indem er harmlos erklärte: „Über diese Dinge kann am besten der hier anwesende Herr Oberling Auskunft geben, der in der Nachwaltung des Altenburger Besitzes in dem schwedischen Prozeß ist.“

Auf diese Bombe hin erhob sich bei den Linksparteien ein Sturm der Entrüstung, während die Rechtsparteien sich in verlegenes Schweigen hasten. Herr Oberling ist bekanntlich der Kämpfer im Streit gegen die ganze geplante Fürstenabfindung. In allen ihren Formen, gegen die gemäßigen demokratischen Anträge, ganz ebenso wie gegen die radikalen kommunistischen Anträge. Er führt auch die Prellungskampagne in der deutsch-nationalen Presse und hat erst gestern in der Kreuzzeitung einen Spezialartikel gegen das von der kommunistischen Fraktion beantragte Sperrgesetz losgelassen. Dieser selbe Mann hatte auch noch in der gesetzlichen und heutigen Sitzung schallende Auseinandersetzungen darüber verloren, dass in diesem Ausschuss war die Länder selbst würden, aber nicht die andere Seite, die an der Abfindung beteiligten Fürsten. Nun wurde dieser Schwund entdeckt. Der Rechtsanwalt der Fürsten ist als Volksvertreter im Reichstagsausschuss und nimmt hier die Vermögensrechtlichen Interessen seiner Auftraggeber wahr.

Eine bürgerliche Fraktion nach der anderen nutzt nun mehr von der kompromittierten deutsch-nationalen Partei abrücken. Zentrum, Tecklenen, Sozialdemokraten und Volkspartei erklären nacheinander, dass ihre Fraktionen in einem solchen Falle keine Parteien aus dem Ausschuss zu rückspringen würden. Die deutsch-nationale Fraktion gab durch ihren Vorsitzenden die Verlegenheitserklärung ab, dass sie den Fall ihrer Fraktion zur Prüfung vorlegen wird.

Die kommunistischen Vertreter im Ausschuss, die Genossen Neubauer und Röhrich, gelobten wiederholt mit Scharfe das unerhörte Verhalten des Herrn Oberling und seiner Partei zu bestrafen, dass ihre Fraktionen in einem solchen Falle keine Parteien aus dem Ausschuss zu rückspringen würden. Die deutsch-nationale Fraktion gab durch ihren Vorsitzenden die Verlegenheitserklärung ab, dass sie den Fall ihrer Fraktion zur Prüfung vorlegen wird.

Die kommunistischen Vertreter im Ausschuss, die Genossen Neubauer und Röhrich, gelobten wiederholt mit Scharfe das unerhörte Verhalten des Herrn Oberling und seiner Partei zu bestrafen, dass seine Fraktionen in einem solchen Falle keine Parteien aus dem Ausschuss zu rückspringen würden. Die deutsch-nationale Fraktion gab durch ihren Vorsitzenden die Verlegenheitserklärung ab, dass sie den Fall ihrer Fraktion zur Prüfung vorlegen wird.

Auch die Sozialdemokraten fordern an, dass sie einen solchen Antrag zur Befreiung der aufgedeckten parlamentarischen Korruption unterstützen würden. Dagegen wandte sich der völkische Vertreter im Ausschuss, Herr Kübe, bezeichnenderweise gegen einen solchen Antrag und unterstützte voll und ganz die Haltung der deutsch-nationalen Fraktion und ihres Herrn Oberling. Dabei hat aber gerade die völkische Fraktion seine Zeit bei dem Aufwertungsgesetz einen formellen Antrag gestellt, wo er die an der Aufwertung privat interessierten Abgeordneten an der Mitwirkung bei der gesetzlichen Regelung dieser Frage verhindert werden sollen. Heute aber treten dieselben völkischen Männer für die Korruption in einer viel schlimmeren Form zur Deckung ihrer deutsch-nationalen Gesinnungsbrüder mit aller Kraft ein. Die Kommunisten aber werden da das korrupte Parlament verklagen, das Volk zum Entscheid auffordern.

Das Finanzprogramm der französischen Bourgeoisie

Der französische Finanzminister Doumer hat nun mehr den geläufigen Wortlaut seines Finanzreformplanes mit einer gehenden Begründung veröffentlicht. Die Presse des nationalen Blocks ist mit Doumer außerordentlich zufrieden. Besonders freut man sich darüber, dass Doumer in seiner Finanzbehörde die französischen Finanzmethoden der letzten Jahre aufs Schärfste missbilligt. Man sieht darin eine Kritik an den Finanzmethoden der beiden Vintstregierungen Sèrro und Painlevé. Es ist ein sehr häbliches Schauspiel, die die linke Regierung Briand ihre linken Vorgängerkästen moralisch übergeht. Doumer nimmt auch die Parole des Pointacres-Blöcks auf: „Rettung des Franken durch Wiederauferstehung des Vertrauens.“ Darunter verstecken die französischen Großkapitalisten, dass man sich genau nach ihren Anweisungen richtet, denn nur dann würde die Wirtschaft wieder „Vertrauen“ zum Staat gewinnen. Im einzelnen will Doumer im Jahre 1926 Mehr-Einnahmen in Höhe von etwa 9 Milliarden francs (ungefähr 1½ Milliarden Goldmark) erzielen. Darauf soll die Börsensteuer 4 Milliarden bringen und der Tabak 1 Milliarde. Auf der anderen Seite soll eine neue Börsensteuer ganze 100 Millionen bringen. Als Neuabschaffung der Weizen bis aufs äußerste und zugleich produzierende Saatbau der Börsensteuer, das ist das Finanzprogramm Doumer-Briand. Unter diesen Umständen ist es begreiflich, dass die kommunistischen Lösungen zur Finanzfrage immer stärkeren Anklang bei den Massen finden. Die RDP verlangt die Aufsetzung aller Kosten auf die Börsensteuer und die Verwirklung dieses Ziels durch die Arbeitskontrolle und die Arbeiter- und Bauernregierung.

als er die falschen Tausendfranknoten drucken ließ. Die völkischen Schirmherren der Banknotenfirma reagieren hoch, ja allerhöchst heraus. Die ungarische Rassenkampfpartei solidarisiert sich offen mit den Faschisten und Zuchthauslandstädten. Diese wütende Partei hat einen besonders Vertrauensmann in der Regierung, einen Vertrauensmann, der für uns in Deutschland sehr interessant ist, es ist der Herr Kultusminister Graf von Klebelsberg.

Vor einigen Monaten hatte Berlin die Ehre, den Grafen von Klebelsberg zu begrüßen. Es handelt sich um die kulturelle Verbrüderung der preußischen Republik und des Königreichs Ungarn. Professor Beder, der Unterrichtsminister der Seewerking-Regierung zog seinen königlichen Vertrag an und verbeugte sich vor dem Kultusminister aus Budapest. In vorzülichen Festen und feierlichen Feiern wurde die Verbrüderung der deutschen und der ungarischen Wissenschaft gefeiert. Die Arbeiterschaft hatte schon damals aufs schärfste dagegen protestiert, dass die preußische Regierung den blutigen Minister Gorits als Ehengatt empfing. Nun ist die Blamage umso gröber: In Budapest zeigt man mit den Kindern auf Graf Klebelsberg, als den Freund und Förderer der Banknotenfirma, die den Banknotenfälscher, bei seinem Berliner Aufenthalt verdeckt auf Graf Klebelsberg, in Deutschland ein ungarnisches wissenschaftliches Institut zu gründen. Vielleicht wäre daraus eine Berliner Filiale der Budapester Fälscherwerkstatt geworden. In den freien Stunden hätte die ungarische wissenschaftliche Delegation auch die Römerkunst studieren können. Herr Beder studiert in seinen Mußestunden die Religion Mohammeds. Vielleicht informiert er uns darüber, wie das heilige Recht des Islams die Unschuld der heiligen Helfer und solche reiblättrigen Staatsmänner, die in faschistischen Diktaturen und Faschistengräben — Kulturträger erbliden.

Schlesien

Betriebsversammlung der technischen Abteilung der Reichsbahn

Die technischen Arbeiter für Volksentwickelung - Worte gegen die Entnahmen

Eine Betriebsversammlung der Reichsbahn nahm vor einigen Tagen in der Zeitung von 60 technischen Arbeitern Stellung. Die Versammlung protestierte dagegen, daß die Ausnahme, die mit einem Entzug verknüpft war, noch vor gegebenen Sicherheitsgefahren eingeschritten wurde, daß der Betriebsrat alles getan hat, um die Entnahmen zu verhindern. Die Ausbildung von 15 Jahren wurde unangemessen vor entlassens festgelegt erhalten eine Abschöpfung. Die Kollegen protestierten ferner, daß der Betriebsrat den technischen Arbeitern nicht die von der Staatsverwaltung verordneten Wirtschaftshilfe ausgleichen kann, erwartet, daß der jetzt eingeführte Ausdruck dafür zeigt, daß die Kollegen die Wirtschaft erhalten. Kollege Rohrbach gehörte leider die Anwendung. Eine Resolution, die gegen den Antrag abgestimmt und Volksentwickelung verlangt, wurde einstimmig angenommen.

Das Breslauer Reichsbanner für Volksentwickelung

Die Breslauer „Vollswach“ berichtete über Generalversammlung des Breslauer Reichsbanners, wo folgende Resolution einstimmig angenommen wurde:

„Die am 30. Dezember 1925 tagende Generalversammlung der Ortsgruppe des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold betrachtet den geplanten neuen Raubzug der ehemaligen deutschen Fürsten auf die Taschen des hungernden und darbenden Volkes in heller Schwärze. Zugleich als einen neuen Beweis für die vaterländische Erziehung dieser ehemaligen „Vandeverteiler“. Die Räuberaden lehnen es auf das entschieden ab, den ehemaligen deutschen Fürsten die „herzlichen“ Festen zu bereiten, die die dem deutschen Volk einmal verübt haben, aber es soll dosen in Rot und Gold geführt haben. Sie nach Tausenden zahlenden Räuberaden des Kreisvereins Breslau verlangen von den ehrenhaften Volksvertretern, daß sie jeden Anprall des scheinbarlichtigen Hohenzollernhauses und der anderen ehemaligen deutschen Fürsten auf das von ihnen geraubte Gut zurückwerfen und daß diese Angelegenheit durch Reichsgesetz geregelt wird. Verantwortet die schwere Regierungsmehrheit letzteres, so ist von den republikanischen Volksvertretern dafür Sorge zu tragen, daß über diese verdiente Erziehung am deutschen Volke das Volk durch Volksentwickelung selbst kein Nutzen hält.“

Es ist bezeichnend, daß die Redaktion der „Vollswach“ diese Resolution an verdeckter Stelle im Beiblatt bringt.

Gedrängt durch den Vorsitzende der Breslauer SPD Mitgliedschaft selbst Herr Emanuel Birnbaum in der „Vollswach“ zugeben, daß ihm der Antrag der Kommunisten größer als der konträren eigene demokratische Antrag erscheine. In der Tat, wohin treibt die SPD-Führerschaft! Vor einigen Jahren noch für ein friedlich-gemäßiges „Auslaufen“ des Kaisertumspads und jetzt nach totalisch-faschistischer Art für Expropriation der Expropriateure. Was wird mit Rautenkraut dazu sagen, Herr Birnbaum?

Doch wir wissen, daß Herr Birnbaum nur der Vol gehorrend, nicht dem eigenen Triebe folgt. Daß er heute aber so idyllisch muß, ist ein wichtiges politisches Enigma. Es liegt an unseren Räuberaden, den linken SPD-Arbeitern, die SPD-Führer zu zeigen, auf die Seite der Arbeitersklasse zu treten und das Bündnis mit dem Bürgertum abzulehnen. Ein Volksentwickelung, auch wenn er ein paar Millionen Rotten sollte, wäre eine prächtige Verteilung, die breitesten Volksmassen mit sozialistischen Gebanngungen bestimmt zu machen. Und erst einmal die Arbeit aufzugeben, so wird auch bald die Expropriation der gesuchten Kapitalistenschlaf erfolgen.

Schauspielhaus

Operettenbühne

Telephon Stephan 27.460

Donnerstag 8 Uhr

Auftritt Walter Jankuhn

In neuer Ausstattung

Der Orlow

Freitag 8 Uhr

Auftritt Walter Jankuhn

Wiener Blut

Sonnabend 8 Uhr

Castspiel Eli Leut

Auftritt Walter Jankuhn

In neuer Ausstattung

Zum ersten Male

Die Teresina

Sonntag, nachm. 3 $\frac{1}{2}$ Uhr
In neuer Vorbereitung

Die Dollarprinzessin

Sonntag u. täglich 8 Uhr
Castspiel Eli Leut

Auftritt Walter Jankuhn

In neuer Ausstattung

Die Teresina

Ein jaches
möbliertes Zimmer
von zwei Genossen zu art gekost.
Dienten unter Preisangabe an die
Geschäftsstelle
der Schlesischen Arbeiter-Zeitung

Stadt-Theater

Telephon Ring 1234 u. CS 15

Spieldaten vom 10. bis 17. Januar

Sonntag, nachmittags 2, Ihr
Vorabendvorstellung zu ermäßigten Preisen
zum letzten Male. Der tolle Mond
Ferndrama. Die Puppenfee

abends 8 Uhr

Intermezzo

Mittwoch, abends 8 Uhr

Die gelante Stunde

Vorabendvorstellung zum Tanz

Der Dämon

Donnerstag, abends 7 $\frac{1}{2}$ Uhr

Senfza

Mittwoch, abends 7 Uhr

Die Zerberusfalte

Donnerstag, abends 7 $\frac{1}{2}$ Uhr

Undine

Freitag, abends 7 $\frac{1}{2}$ Uhr

Judige und die vierzig Räuber

Sonntags, abends 7 $\frac{1}{2}$ Uhr

2. Vorstellung im Rahmen

der weltberühmten Reinigungserziehung

Gödelie

Sonntag, nachmittags 11 $\frac{1}{2}$ Uhr

3. Vorabendvorstellung

Der Zauber im Wandel der Sitten

(Nationaltheater)

nachmittags 3 $\frac{1}{2}$ Uhr

Vorabendvorstellung zu ermäßigten Preisen

Der Legende Holländer

abends 8 Uhr

Das berühmte Faust

Verbotene Bühnen Zu Bühnen, bei welchen Rollen nicht gespielt werden dürfen und welche Bühnen und Bühnenstädte „verbieten“ im Bühnenkalender genannt werden. „Der Bühnenkalender“ ist ein Bühnenkalender, der die Bühnen und Bühnenstädte der Deutschen Republik darstellt.

In den Vorabendvorstellungen des Alten Theaters im Bismarck-Theater am 10. Januar, am 11. und 12. Januar, am 4. und 5. Februar, waren den Mitgliedern in der Reichsbahnstädte diese zur Verfügung, die an der Rolle des I. C. eingesetzt werden.

Stadttheater

Die „Werkstatt“

Der Wiener Stadt Richard Wagner hatte beim Theater ein solches geschaffen, das durch seine Vollung nicht entdeckt wurde. Diese Rolle des Pariser im Nationaltheater zu überstreichen, sollte er einen praktischen Tag des königlichen Teufels darstellen. Das Haus brachte dem Wolfe starke Einnahmen dar.

Wittorio-Theater

Jungenskunststück

Im Wittorio-Theater spielt Blaibach in einen Schwan, „Jungenskunststück“ genannt.

Obwohl er natürlich im Bau und Flusslauf der Handlung eingepaßt ist in den Rahmen aller bisherigen und bewegungslos abso-lut nichts grundlegend Neues bringt, so ist die Szenenfolge ständig und anprechend und stellt den Schwan sogar über das Durchschnittsniveau. Zugleich kommt noch die guten Kräfte der Mitwirkenden, Blaibach an der Spitze, so daß es gelingt, das Publikum den ganzen Abend im Lachen zu halten.

Selbst die Handlung nimmt Spieldauerwohn an und wird nur dort abgebrochen, wo sie sich ins Gebiet der „Vollschule“ versetzt und einen Unternehmer präsentiert, der den Raum mit Bettelbrot und Belegmittel füllt oder wo es ein Wohnungssamt geben soll, das in Villen einzurichten.

Eine Varieté ist zu dem Stück voraus.

Die Untersuchung im Falle Rosen abgelehnt

Im Mordfall Rosens soll nunmehr die Voruntersuchung abgeschlossen sein und die Akten sind vom Untersuchungsrichter der Staatsanwaltschaft überwiesen worden.

Wie verliefen, begnügt die Staatsanwaltschaft gegen die Untersuchungsangeklagten, den Geschäftsrätsenden Alois Fleißler, den Arbeiter Paul Hanke und den Betriebsleiter Erich Stöckl die Anklage wegen Mordes zu erheben. Wegen Anklage zum Mord soll die Anklage gegen die Hausdame Normann und eine zweite Person erhoben werden. Die große Anzahl der „Mörder“ ist nicht etwa ein Beweis deiner polizeilicher Tüchtigkeit. Uns scheint es vielmehr, daß man glaubt, einer wird schon vielleicht der Mörder sein.

Breslau. Die Bahnhofstraße Berlin-Breslau wieder hergestellt. Der infolge des Domänenpulses in der Nähe von Frankfurt a. M. unterbrochene direkte Eisenbahnverkehr wird in der Nacht vom Sonntag zum Montag wieder aufgenommen werden können.

Glogau. Ein Vermißter als Leiche gefunden. Nach einer aus Beuthen (Oder) hier eingelauften Meldung ist im dortigen Stromgebiet die Leiche des seit mehreren Wochen vermissten Kaufmanns Voewenthal aus Glogau an das Stromufer getrieben und aufgefunden worden.

Neustadt. Brandstiftung. Dieser Tage war in Riegersdorf die Scheune eines Landwirts nebst den Beständen an Stroh und Getreidevorräten sowie Maschinen und Gerätschaften vollständig eingebrannt worden. Die angestellten Ermittlungen haben die Tat ergeben, daß die Mutter ihres eigenen kleinen Sohnes angefertigt hatte, mit Jundholzern das Stroh in der Scheune in Brand zu steken.

Lobe-Theater

Michael-Hundertpfund

Michael-Hundertpfund

Schneemann und die sieben Zwerge

Michael-Hundertpfund

Montag, 11. 1., 8 Uhr

Dienstag, 12. 1., 8 Uhr

Mittwoch, 13. 1., 8 $\frac{1}{2}$ Uhr

8 Uhr

Donnerstag, 14. 1., 8 Uhr

8 Uhr

Freitag, 15. 1., 8 Uhr

Das Apothekerspiel

Die Geschwister

Gastspiel Ludwig Stössel

Der Jäger

Rabale und Liebe

Gastspiel Ludwig Stössel

Der Jäger

Das Apothekerspiel

Die Geschwister

Gastspiel Ludwig Stössel

Der Jäger

Das Apothekerspiel

Die Geschwister

Gastspiel Ludwig Stössel

Der Jäger

Das Apothekerspiel

Die Geschwister

Gastspiel Ludwig Stössel

Der Jäger

Das Apothekerspiel

Die Geschwister

Gastspiel Ludwig Stössel

Der Jäger

Das Apothekerspiel

Die Geschwister

Gastspiel Ludwig Stössel

Der Jäger

Das Apothekerspiel

Die Geschwister

Gastspiel Ludwig Stössel

Der Jäger

Das Apothekerspiel

Die Geschwister

Gastspiel Ludwig Stössel

Der Jäger

Das Apothekerspiel

Die Geschwister

Gastspiel Ludwig Stössel

Der Jäger

Das Apothekerspiel

Die Geschwister

Gastspiel Ludwig Stössel

Der Jäger

Das Apothekerspiel

Die Geschwister

Gastspiel Ludwig Stössel

Der Jäger

Das Apothekerspiel

Die Geschwister

Gastspiel Ludwig Stössel

Der Jäger